

## Strasbourg: Für das Recht auf Demonstrationsfreiheit

Im Februar 2009 wandte sich das Grundrechtekomitee aus Sorge um das urdemokratische Menschenrecht auf Versammlungsfreiheit in einem Brief an das französische Innenministerium, die französische Botschaft und an die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Im Rahmen der internationalen Konferenz zur Vorbereitung von Demonstrationen und Protestaktionen anlässlich des NATO-Gipfeltreffens am 3./4.4.2009 in Strasbourg wurde bekannt, dass jegliche Demonstration im inneren Stadtbezirk von Strasbourg verboten werden soll. Dazu sollen eine Rote Zone, eine Passier-Ausweis-Kontrolle und ein neues Video-Überwachungssystem eingerichtet werden. Kurzerhand sollen die Schengener Binnengrenzen wieder eingeführt werden – nach dem Motto: grenzüberschreitender militärischer Taumel: ja – demokratische grenzübergreifende Aktion von unten: nein.

Für die über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Vorbereitungskonferenz am 14./15.2.2009 in Strasbourg ist das eine nicht akzeptable Einschränkung von Grundrechten. Die Friedensbewegung verfolgt weiterhin das Ziel, am 4. April 2009 in der Innenstadt von Strasbourg mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern gegen den Nato-Gipfel zu demonstrieren.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft im Rahmen seiner Aktivitäten und Kooperationen mit der Friedensbewegung dazu auf, an den Demonstrationen rund um den Nato-Gipfel teilzunehmen. Die beabsichtigten massiven Einschränkungen des Versammlungs-

rechts und damit des Rechts auf freie Meinungsäußerung in der Nachbarschaft des Nato-Gipfels sind mit Demokratie und Bürger/innenrechten unvereinbar. Sie zeugen von der tiefsitzenden Furcht des Staatsapparats vor dem eigentlichen Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern. Anlässlich der NATO-Tagung wollen offensichtlich Polizei- und Militärverwaltung über eine ganze Region zwischen Baden-Baden und Strasbourg den Ausnahme- und Belagerungszustand verhängen, damit sie von Bürgerinnen und Bürgern ungestört bleiben. Der Souverän wird ausgeschlossen. Die feierlich proklamierte Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird vor den NATO-Mächtigen gebeugt.

Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, also das Recht auf Demonstrationen, ist das demokratische Urrecht der Bürgerinnen und Bürger schlechthin, allemal in repräsentativ demokratisch verfassten Systemen, die ansonsten wenig Raum für unmittelbare Äußerungen des Souveräns bereithalten. Wir fordern deshalb alle Politikerinnen und Politiker auf, keinerlei Einschränkungen von Grundfreiheiten anlässlich des NATO-Gipfeltreffens zu akzeptieren. Die kriegsstrategischen Planungen der NATO müssen sich der öffentlich kritischen Debatte und dem öffentlichen Protest stellen. Eine Demokratie unter polizeilich-militärischem NATO-Ausnahmestand werden Bürgerinnen und Bürger nicht hinnehmen.

Wir fordern die zuständigen



Ministerien und Behörden sowie alle verantwortlichen Politikerinnen und Politiker auf, sich für ein uneingeschränktes Recht auf Demonstration in den Tagen des NATO-Gipfeltreffens am ersten April-Wochenende zwischen Baden-Baden und Strasbourg einzusetzen.

*Martin Singe*

Spendenkonto  
Komitee für  
Grundrechte und  
Demokratie  
Volksbank Odenwald  
Konto 8 024 618  
BLZ 508 635 13

## NATO-Gipfel: Eskalationsstrategie von Politik und Polizei

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser INFORMATIONEN ist noch unklar, wie der Protest gegen die NATO verlaufen wird. Mehr als deutlich zeigt sich jedoch schon, in welcher staatsautoritären Weise solche Gipfeltreffen inzwischen europäisch geplant und durchgeführt werden.

Bürgerrechte werden antidemokratisch außer Kraft gesetzt. Gefahren, die den Politikern drohen, werden herbeigeredet und -gelogen. Der Protest wird insgesamt als gewaltbereit diffamiert. Die drohenden polizeilichen Gewaltmaßnahmen – Überwachung des Protestes, Aufhebung der offenen europäischen Grenzen, No-go-areas in den Städten, Wasserwerfer- und CS-Gaseinsatz, Einsatz des Militärs –, flankiert von einer militaristischen Sprache, die die Demonstrierenden als Feinde

markiert, sollen abschrecken und einschüchtern. Zu hoffen ist, dass die Bürger und Bürgerinnen den Mut zu einem „Jetzt erst recht!“ finden und phantasievoll ihr inhaltliches Anliegen vorbringen.

Erschreckend sind die systematischen Lügen, mit denen diese Abschreckung betrieben wird. Während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm haben die Polizei und ihre „Besondere Aufbauorganisation (BAO)“ die Öffentlichkeit und sogar das höchste Verfassungsgericht belogen. Das Ausmaß der Verletzungen von Polizeibeamten, Berichte über verummte und gewaltbereite Demonstrierende, Darstellungen über den Verlauf von Demonstrationen waren grundlegend falsch, sollten jedoch das Versammlungsverbot rechtfertigen. Trotz aller späteren Eingeständnisse – immerhin hat der Pressesprecher dieser BAO, Axel Falkenberg, inzwischen öffentlich zugegeben, dass die

Öffentlichkeit sich zu recht oft falsch informiert fühlte – müssen die Falschinformationen jetzt wieder zur Diffamierung des kommenden Protestes und zur Legitimierung grund- und menschenrechtswidriger Eingriffe herhalten. Die Demonstrierenden rund um Heiligendamm kamen nicht „schwer bewaffnet“ in die Camps, wie es der baden-württembergische Innenminister jetzt kolportiert. Selbst die weitaus meisten Strafanzeigen gegen Demonstrierende haben sich im Nachhinein als unzulässig herausgestellt. Zu befürchten ist allerdings, dass all die rund um Heiligendamm unrechtmäßig in Gewahrsam Genommenen nun in den Gewalttäter-Dateien des BKA und der Polizeien sind. Sie könnten dann an den Grenzen grundrechtswidrig abgewiesen werden und die polizeilichen Falschinformationen weiter begünstigen.

*Elke Steven*

## Elektronische Gesundheitskarte: Kassen wollen ministerielles Diskussionsverbot zu Risiken und Nebenwirkungen

In der „Durchstichregion“ Nordrhein hakt es weiterhin bei der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarten. Zu viele Probleme werden sichtbar. Ärzteorganisationen rufen die Ärzte auf, sich die neuen Lesegeräte nicht anzuschaffen, und tragen so zur Verunsicherung der Kassen bei. Einen Brief der AOK Rheinland/Hamburg, vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstands, Wilfried Jacobs, an den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW, Karl-Josef Laumann, nahmen wir zum Anlass für eine Stellungnahme:

Der „Basis-Rollout“ der elektronischen Gesundheitskarte, so befürchtet die AOK gemeinsam mit sechs weiteren nordrhein-westfälischen Krankenkassen, könnte durch den öffentlichen Willensbildungsprozess gestört werden. Sie fordern deshalb den Minister auf, „geeignete Maßnahmen“ zu ergreifen, damit

die „Leistungserbringer“ – also vor allem die Ärzte und Zahnärzte – die Patienten und Patientinnen nicht mehr über Risiken und Nebenwirkungen der elektronischen Gesundheitskarte informieren. Keinesfalls „könnte geduldet werden“, dass die Kritik „in einer den Prozess nicht fördernden bzw. abträglichen Weise an Patienten und Versicherte herangetragen wird“.

Ziemlich ungeschminkt geht aus dem Brief hervor, dass das bisherige Akzeptanzmanagement nicht funktioniert hat. Kritik an der „kleinen, schlauen Karte“, wie die Bundesgesundheitsministerin die Gesundheitskarte bezeichnet hat, wird überall im Land laut. Ärzteverbände wollen an diesem Projekt zur zentralen Speicherung von Gesundheitsdaten nicht mitwirken. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat die Bürger und Bürgerinnen aufgefordert, aus Protest gegen diesen Umbau des Gesundheitssystems zu einem Kontrollsystem den Krankenkassen keine Fotos zur Verfügung zu stellen.

Da es in der Startregion aber besonders schwierig sei, die Fotos für die eGK zu beschaffen, fordert die

AOK nun das Ministerium auf, dafür zu sorgen, dass die Ärzte positiv mit ihren Patienten über das Projekt kommunizieren.

Welch undemokratische Vorstellung liegt diesem Brief zugrunde! Wenn Akzeptanzmanagement nicht zum schnellen Erfolg führt, dann sollen undemokratische, grundrechtswidrige Eingriffe in die Meinungsfreiheit das Gewinnstreben der Krankenkassen absichern? „Die Gesetzliche Krankenversicherung ist Teil der sozialen Selbstverwaltung“, die auch für „praktizierte Demokratie“ steht – so liest man auf der Internet-Seite der AOK Nordrhein/Hamburg. Der Vorsitzende des Vorstands belegt mit diesem Brief, dass er von Demokratie keine Ahnung hat. Für Gesundheitsminister Laumann sollte der Brief Anlass sein, dieses Projekt, das scheinbar nur grundrechtswidrig durchgesetzt werden kann, auf den demokratischen Prüfstand zu nehmen. Die Bürger und Bürgerinnen werden sich nicht entmündigen lassen.

*Elke Steven  
(für die AG Gesundheit,  
gefördert durch die  
Stiftung bridge)*

# EU-Innenpolitik – Neue Runde im Ausbau autoritärer Strukturen

Unter schwedischer Präsidentschaft wird die EU Ende 2009 einen neuen Fünfjahresplan für ihre Innen- und Justizpolitik verabschieden. Das European Civil Liberties Network, zu dem auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie gehört, hat Anfang April einen Aufruf gegen dieses Programm veröffentlicht.

Das Stockholm-Programm wird nach dem von Tampere (1999-2004) und dem von Den Haag (2004-2009) der dritte Plan dieser Art sein. Vorbereitet hat ihn die «Zukunftsgruppe», die der Rat der Innen- und Justizminister 2007 unter deutscher Präsidentschaft einsetzte und der die Innenministerien von neun Mitgliedstaaten sowie die EU-Kommission angehörten. Der im Juli 2008 vorgelegte Bericht der Gruppe machte klar, dass die «Zukunft der europäischen Innenpolitik» nichts anderes sein soll als die konsequente Fortsetzung ihrer bisherigen autoritären Geschichte.

Schon bei ihrem ersten Treffen im Mai 2007 hielten die hohen Herrschaften fest, dass für sie «Außengrenzkontrollen ... das Herzstück der inneren Sicherheit Europas und eine Voraussetzung jeglicher legalen Migration» seien. Sie fordern daher den Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex, die schon bisher die «gemeinsamen Aktionen» der EU-Grenzpolizeien im Mittelmeer und im Südatlantik «koordiniert». Die Tausenden von Menschenleben, die die Abschottung der Außengrenzen allein in diesen Regionen gekostet hat, spielen in diesem Kalkül keine Rolle. Die «Zukunftsgruppe» bekräftigt ferner die Planungen für ein Grenzüberwachungssystem, dessen erste Ausbauschritte an den südlichen Seegrenzen der EU beginnen sollen, und das E-Border-Konzept der Kommission: Das Visa-Informationssystem (VIS) und das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) sollen ergänzt werden durch weitere biometrische Kontrollsysteme, unter anderem ein Ein- und Ausreise-Erfassungssystem

für alle Nicht-EU-BürgerInnen.

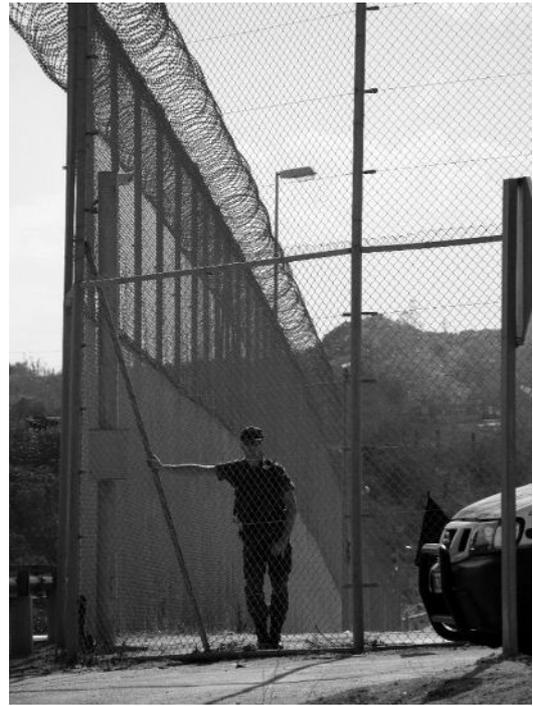
## «Vernetzte Sicherheit»

Bereits im Haager Programm hatte man sich auf den «Grundsatz der Verfügbarkeit» geeinigt, wonach die EU nicht mehr (nur) zentrale Informationssysteme aufbauen, sondern vor allem den gegenseitigen automatischen Zugriff auf die jeweiligen nationalen Polizei-Datenbanken ermöglichen sollte. Für DNA-Profile, Fingerabdrücke und Fahrzeugdaten ist dies bereits geschehen. In den nächsten fünf Jahren sollen mindestens zehn weitere Datenkategorien hinzukommen.

Für das neue Fünfjahresprogramm propagiert die «Zukunftsgruppe» nun einen Grundsatz der «Konvergenz», der für die «operative» Kooperation ähnliche Konsequenzen haben dürfte wie zuvor die «Verfügbarkeit» für den Informationsaustausch: Sie will nicht mehr nur zentrale Institutionen wie Europol, Eurojust und das geheimdienstliche Lagezentrum «SitCen» vernetzen, sondern auch die «Sicherheitsbehörden» der Mitgliedstaaten. Um «Synergien zwischen Polizei und Nachrichtendiensten zu nutzen», schlägt sie vor, «Terrorismus-Abwehrzentren» nach deutschem Vorbild aufzubauen.

## Militär und Polizei - alles fließt

Die Grenzen von Innen- und Außenpolitik, von Militär und Polizei, würden immer mehr verschwimmen, deklariert die «Zukunftsgruppe» und setzt alles daran, dass diese Tendenz weiter Gestalt annimmt. Die Innen- (sprich: Polizei-)MinisterInnen sollen in Zukunft stärker in die militarisierte Außenpolitik der EU einbezogen werden. Bei «Auslandsmissionen» sollen Militär und Polizei in gemeinsamen Lagezentren zusammenarbeiten. «Robuste» Polizeieinheiten sollen dabei für «besondere Gefahrensituationen» bereit ste-



Zaun in Melilla, 2005, José Palazón Osma/PRODEIN

hen, weshalb die Zukunftsgruppe auch die Überführung der «European Gendarmerie Force», einer Truppe aus militarisierten Polizeien von fünf Mitgliedstaaten, in den Rechtsrahmen der EU empfiehlt.

Die Grenzen von Militär und Polizei verschwimmen aber auch bei der «sicherheits»-technologischen Offensive, dem «digitalen Tsunami», auf dessen Flutwelle die «Zukunftsgruppe» reiten will. Neue Überwachungstechniken – RFID-Chips, Videoüberwachung und Biometrie, aber auch unbemannte Flugzeuge (Drohnen) – sollen systematisch auf ihre Tauglichkeit für die «innere Sicherheit» und die Grenzüberwachung überprüft werden. Das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU sowie das 2007 gegründete «Europäische Forum für Sicherheitstechnik und Innovation» (ESRIF), an dem auch die Rüstungsindustrie beteiligt ist, sollen hierzu beitragen.

Für alle, die es mit Menschenrechten und Demokratie ernst meinen, bietet das Stockholm-Programm nur zwei Vorteile: die Chance für eine öffentliche Debatte und den Anlass dafür, eine andere europäische Vision zu entwerfen.

*Heiner Busch*



## Jahrbuch 2009 erschienen!

Jenseits der Menschenrechte  
- die europäische Flüchtlings-  
und Migrationspolitik

In der europäischen Migrationspolitik wird der humanitäre Anspruch trotz vollmundiger Beto-

## Ein Rettungsschirm für Flüchtlinge

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie unterstützt die „save me-Kampagne“ und möchte Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich in ihren Kommunen, Städten und Landkreisen für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Resettlement-Programm des UNHCR zu engagieren und sich der Kampagne „save me“ anzuschließen.

In der „save me“-Kampagne, initiiert u.a. von PRO ASYL, geht es darum, eine Bewegung von unten für die Aufnahme von Flüchtlingen (resettlement) zu initiieren.

Viele Flüchtlinge stranden auf der Suche nach Schutz und Überleben in wirtschaftlich verarmten Nachbarländern. Sie werden oft jahrelang bis zu ihrer Rückkehr in provisorischen Lagern untergebracht. Aber nicht alle werden zurückkehren können oder dies wollen. Für einige dieser schutzbedürftigen Flüchtlinge existiert das Resettlement-Programm des UNHCR, sprich eine Neuansiedlung in einem aufnahmebereiten Staat.

In Kooperation mit dem

nung zunehmend von (trans)nationalen, oft ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen überlagert. Während für Hochqualifizierte auf dem „Weltmarkt für Arbeitskräfte“ kaum noch unüberwindbare Grenzen bestehen, werden sie für die „wertschöpfungsschwachen Migranten“ wie Alte, Kinder, Kranke und Flüchtlinge beinahe festungsgleich armiert. In diesen Kontext gehört die undokumentierte oder irreguläre Migration, die lediglich als Ordnungsproblem und Bedrohung der EU wahrgenommen wird.

Die europäische Migrationspolitik zielt wesentlich darauf ab, die wirtschaftlich erwünschte von der unerwünschten zu scheiden. Das führt im Innern der EU zur menschenrechtswidrigen Ausgrenzung der Flüchtlinge in Lager und an den Außengrenzen zur tödlichen Abschottung.

Die Autorinnen und Autoren nehmen u.a. Akteure von Migrationspolitik und -kontrolle in den

UNHCR und auf freiwilliger Basis können Staaten jährliche Aufnahmequoten für einige ausgesuchte, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (Kinder, Frauen, Alte und Kranke) festlegen, wie es die USA, Kanada, Schweden und andere Staaten bereits tun. Dem UNHCR stehen bislang 70.000 Resettlementplätze zur Verfügung, benötigt jedoch werden weitaus mehr. Millionen schutzsuchender Flüchtlinge befinden sich heute in einer aussichtslosen Lage. Deutschland nimmt bislang keine Flüchtlinge aus dem Resettlement-Programm auf, obwohl die rechtlichen Grundlagen für eine Aufnahme vorliegen.

Die Idee der Kampagne besteht darin, viele Kommunen zu gewinnen, die sich per Ratsbeschluss bereit erklären, ein bestimmtes Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen. München hat das bereits getan. In vielen weiteren Städten sind „save me“ Initiativen entstanden. Vor Ort können Bürgerinnen und Bürger „Patenschaften“ eingehen, um Flüchtlinge zu begleiten und für ihr Wohlergehen Sorge zu tragen. Dadurch sollen die Bundesregierung und die Landesregierungen langfristig zu „überzeugen“ versucht werden, mit einer festen Quote das

Blick, zeichnen Linien des Widerständigen und der Solidarisierung mit Migrationsbewegungen nach und reflektieren Aspekte wie Kulturrassismus oder Ausländerfeindlichkeit.

Es schreiben u.a. Eberhard Jungfer, Helen Schwenken, Christoph Marischka, Judith Gleitze, Thomas Hohlfeld, Fabian Georgi, Elias Bierdel, Helmut Dietrich, Annemarie Sancar, Cornelia Gunßer, Yufanyi Movuh Mbolo, Wolf-Dieter Narr, Wolf-Dieter Just und Albert Scherr.

Das Jahrbuch kann über den Buchhandel oder das Komitee-Sekretariat bezogen werden.

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.)

Jahrbuch 2009: Jenseits der Menschenrechte – Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 280 S., € 19,90

ISBN 978-3-89691-760-7

Resettlement-Programm zu unterstützen. Das gelingt wahrscheinlich leichter, je mehr Kommunen, Bürgerinnen und Bürger für eine Aufnahme von Flüchtlingen aufgeschlossen und entschieden sind.

Die Weltwirtschaftskrise wird die Lebensbedingungen von Millionen Entwurzelten, Vertriebenen und Flüchtlingen weiter verschlechtern und noch mehr Menschen auf die Flucht und in die Migration treiben. Staatlich milliarden schwere Rettungsprogramme für Banken und Unternehmen aufzulegen, aber für die Schwächsten und Verwundbarsten der Menschheit keinen Platz bereitstellen zu wollen, ist nicht hinnehmbar. Die BRD darf sich dieser akuten Nothilfe für Menschen nicht entziehen. Und aufgenommene Flüchtlinge bedürfen selbstverständlich eines sicheren Aufenthaltstitels, einer arbeits- und sozialrechtlichen Gleichstellung mit den Einheimischen sowie einer umfassenden Hilfestellung zur politischen und sozialen Eingliederung in die Gesellschaft.

Informationsmaterial:  
<http://www.save-me-kampagne.de/index.html>

Dirk Vogelskamp